

Die „Freiheit“ erscheint am Sonntag und enthält eine große Anzahl von Beilagen aus dem Reichstag...

Jahrespreis 120 Pfg. ... Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10. Telephon: 2505 und 2506.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die polnische Frage.

Weitere Verhandlungen über Danzig.

Weimar, 29. März.

In der Angelegenheit der Landung polnischer Truppen in Danzig hat unter dem 27. März General Fiedler folgendes Telegramm an General Kubiak erhalten.

Da ich noch keine Antwort erhalten habe betreffend des Transports der polnischen Truppen durch Danzig, beauftrage ich Sie, um die Lösung der Frage zu beschleunigen, die deutsche Regierung einzuladen, einen Spezialmilitärnachschub nach Spanien zu entsenden, wofür ich bereit bin, mich in Person zu begeben, Herr General v. Hammerstein wird darüber, so schnell wie möglich den Namen des deutschen Bevollmächtigten, der gewählt werden soll, mitzuteilen und ebenso das Datum, an welchem er sich nach Spanien begeben haben wird.

Die halbamtliche „Deutsche Mitt.“ teilt in ihrer gestrigen Abendausgabe mit:

Nach den letzten Mitteilungen scheint es, daß der Versuch auf den Gegenanschlag der Reichsregierung wegen der Landung polnischer Truppen nicht eingegangen ist. Doch liegen auch mehrere Nachrichten vor, wonach zwischen Deutschland und den Weltmächten ein gewisses Gemeinheitsgefühl sich regen ließe aus dem Osten drohenden Gefahren anzubahnen scheint. Es ist daher möglich und zu hoffen, daß ein Abbruch der Verhandlungen vermieden bleibt. Die Erfüllung dieser Hoffnung hätte jedoch zur Voraussetzung, daß im Falle einer Landung von polnischen Truppen auf demselben Gebiet die Art und Weise dieser Landung vollkommen sichere Gewähr für die Wahrung der deutschen nationalen Interessen zu bieten hätte.

Wolnische Forderungen.

Warschau, 26. März (Reuters).

Das polnische Komitee für auswärtige Angelegenheiten unterbreitete heute dem Senat einen Gesetzentwurf, der den Abschluß eines formellen Bündnisses zwischen Polen und den Entente-Mächten zum Ziele hat. Zugleich wird im dem Entwurf gefordert, daß die Grenzen Gebiete, in denen die polnische Bevölkerung in der Mehrheit oder wo polnische Sitten vorherrschen ist, Polen einverleibt werden. Der Entwurf drückt der Gesetzentwurf den Wunsch aus, daß Litauen ethnographisch einen Sonderstatus bilde, der später durch eine Union mit der polnischen angeschlossen werden soll.

Die in dem Entwurf enthaltenen Forderungen sind bezeichnend für den Annexionsismus der am Ruder befindlichen polnischen Nationalisten. Als Entgelt für die Gendarmenrolle im Osten, die die polnische Regierung übernommen hat, sollen auch nichtpolnische Gebiete, die zum Teil von Polen bewohnt sind, Polen angegliedert werden. Sogar Litauen soll in verhöhlter Form unter die Herrschaft der polnischen Reaktion gestellt werden.

Starke Ökonomie in Italien.

Rom, 29. März.

„Avanti“ rednet mit einem allgemeinen Ausblick über die italienische Volkswirtschaft. Die Staatsarbeiter in Favia sollen sich mit den Eisenarbeitern von Genua solidarisch erklären haben. Cecchi berichtet über eine Bewegung unter den Angehörigen der italienischen Kleinbahnen für den Achtstundentag. „Verleumdungen“ teilt mit, daß die Industrie von ganz Italien eine Zusammenkunft am 2. April verbietet, die sich hauptsächlich mit der Monopolverfrage der Kohlenbeschaffung und Arbeiterproblemen beschäftigen soll.

Internationale Arbeitergefehrgebung.

Amsterdam, 29. März.

„Times“ meldet, daß die Kommission für internationale Arbeitergefehrgebung ihren Bericht fertiggestellt und die Klauseln aufgestellt hat, die für die Annahme in den Friedensvertrag vorgeschlagen werden. Der erste Grundsatze, auf den sich die neue internationale Arbeitergefehrgebung stützt, ist, daß die Arbeit des Menschen nicht als Kommodifizierung angesehen werden soll. In den neuen Bestimmungen wird vorgeschlagen, daß kein Mensch unter 14 Jahren im Handel oder in der Industrie tätig sein darf. Zwischen 14 und 18 Jahren dürfen Personen weder Geschlechter nicht für Arbeit, die ihrer physischen Entwicklung schädlich ist, und unter Bedingungen, die die Fortsetzung ihrer praktischen oder ak-

guten Ausbildung hemmen, verbannt werden. Jeder Arbeiter hat das Recht auf einen Lohn, der ihm eine angemessene Lebensführung ermöglicht. Weiter gefordert wird gleicher Lohn für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit und ein wöchentliches Ruhegeld für alle Arbeiter.

Die ungarische Revolution.

Das neue Ungarn.

(Schwätztelegramme der „Freiheit“.)

Budapest, 29. März.

Die ungarische Märzrevolution hat eine gerühmte bürgerliche Gesellschaft vorgefunden, die keinen Widerstand leisten konnte und in Ungarn, dem ungarischen Proletariat keinen Widerstand zu leisten. Die revolutionäre Regierung hat mit sicherem Griff in das durch halbe Verfügungen der früheren Regierung unglücklich verwirrte Verwaltungswesen eingegriffen. Die Neuorganisation des Proletariats macht große Fortschritte. Die ersten Geschicklichkeiten der ungarischen Gruppe der internationalen roten Armee sind aufgestellt worden. Das ungarische Proletariat ist auch auf wirtschaftlichem Gebiet vollkommen tätig, das Wirtschaftswesen im Gange zu erhalten. Die Bewegung besetzt mit ununterbrochener Regelmäßigkeit die Spielplätze, die Budapest ihnen gibt. Das ungarische Proletariat fühlt, daß es nicht nur in Ungarn, sondern auch überall vorwärts geht, und ist im Bewußtsein seiner revolutionären Kraft und der Einigkeit mit allem echten Revolutionären nach internationalen Proletariat des Erfolges sicher.

Budapest, 30. März.

Das Volkswirtschaftsamt für das Unterrichtsministerium hat eine großzügige politische Aufklärungspropaganda eingerichtet. In zahlreichen neuen zu errichtenden Fortschritten werden kommunistische Agitatoren ausgebildet. In die Stadterben der Arbeiter ist die Aufforderung ergangen, daß diejenigen unter ihnen, die die neuen Lehren mit innerer Überzeugung zu verkünden vermögen, an dieser Arbeit teilnehmen sollen. Die Arbeiter sollen sämtliche Fabriken und Werkstätten mit Besatzung besetzen, darunter das Industrie eingetragene Patent des Nationalrats, das für die Zwecke des Proletariats verwendet werden soll.

Budapest, 29. März.

Der Regierungsrat hat angeordnet, daß die Mieten aller kleinen Wohnungen ermäßigt wird und zwar bei allen Wohnungen, deren Preis weniger als 2000 Kronen beträgt, um 10 Prozent.

Bergarbeiterausstand im Saargebiet.

Saarbrücken, 29. März.

Die Belegschaften der französischen Gruben Dabweiler und Bürgerfeld sind am Mittwoch, den 28. März, in den Ausstand getreten. In den letzten Tagen haben sich ihnen die Arbeiter sämtlicher übrigen französischen Gruben im Saargebiet angeschlossen. Auch auf die deutschen Gruben hat der Streik übergriffen. Verhandlungen zur Beilegung sind zwischen den Bergarbeiterorganisationen, dem französischen Konsulat und den Organisationsämtern im Gange.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Halle.

Halle a. S., 29. März.

Der über Halle verhängte Belagerungszustand wird durch Verfügung des Generals Kretschmer am 29. März morgens aufgehoben.

Wann wird endlich der Belagerungszustand in Weimar aufgehoben?

Sozialisierung der Hochseefischerei.

Berlin, 29. März.

Die Sozialisierungskommission hat am 29. März der Reichsregierung ihr vorläufiges Gutachten über die Sozialisierung der Hochseefischerei überreicht. Bei der starken Bewegung unter den Fischern erscheint die sachliche Berücksichtigung dieses Gutachtens geboten, damit es als Grundlage für eine öffentliche Diskussion und für gesetzliche Maßnahmen dienen kann.

Auch will erwarten, daß die Regierung das Gutachten der Sozialisierungskommission sofort veröffentlicht, und nicht, wie bei dem Bericht über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues sich dazu erst noch in einem Monat entzweit.

Das deutsch-polnische Grenzproblem.

Von Gg. Engelbert Graf.

Die Friedensverhandlungen stehen kurz bevor. Und noch ist in einer der wichtigsten Fragen, die sie zu entscheiden haben werden, in der Frage der deutsch-polnischen Grenzgestaltung keine Klarheit darüber, nach welchen Grundrissen die Gestaltung der Grenze geschehen soll.

Wie müßte die Ostgrenze Deutschlands verlaufen, wenn sie auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechtes gezogen würde, wenn die Sprache als äußeres Kennzeichen der nationalen Zugehörigkeit für die politische Zuteilung ausschlaggebend sein sollte?

Abgesehen vom östlichen Ungarn, sind nirgends in ganz Europa die nationalen Verhältnisse derartig verwickelt, wie an der Ostgrenze Deutschlands. Im Westen steht das französische Sprachgebiet dem deutschen ziemlich hart und unvermittelt gegenüber, aber die politische Grenze trennt — wie zwischen Holland und Deutschland — zwei Sprachgruppen mit verschiedenen Schriftsprachen, aber kaum unterschiedlicher Umgangssprache. Im Osten ein ganz anderes Bild. Diesseits und jenseits der bisherigen Grenze zwar eine verschiedene Unterrichtssprache, aber Umgangssprache und Schriftsprache gleich; die Sprachengrenze keine scharfe Linie, keine einmalige, nicht einmal ein unruhiges Hin- und-Her-Gehen, sondern ein wahres Chaos von Ein- und Ausmischungen, ein Gewirr von Sprachalloyen und -mischungen, rein polnische Enklaven, völlig isoliert inmitten deutschen Gebietes, rein deutsche Enklaven in unbestritten polnischem Gebiet. Diese Sprachverwirrung setzt sich fort bis in kleine Dörfer und Güterbezirke, in denen nur ganz anachronistisch die eine Nation ohne jede Beimischung der andern vertrieben ist. Das Verwickelte der Situation wird noch dadurch gesteigert, daß die nationale Gegenläufigkeit nur teilweise in die geschichtliche Vergangenheit zurückzuführen und auf Klugegefehrtheit beruhen, daß Ren- und Umbestimmungen im hohen Maßstab gerade in der jüngsten Zeit stattgefunden haben; daß ferner der nationale Gegenstand häufig nicht allein bei der schärfsten Bevölkerung zu finden ist, sondern auch durch die Saison-Wanderarbeiter hierhin und dahin verpflanzt wird.

Die mittelalterliche Germanisierungspolitik hatte die Slaven, die vor einem Jahrtausend die Elbgebiete um ein ganzes Stück nach Westen hin übergriffen hatten, bis weit hinter die Oder, in Ostpreußen sogar bis an die Memel, wieder eingedeckelt. Die germanische Kolonisationsbewegung kam jedoch gegen Ende des Mittelalters ins Stocken, und so blieb zwischen germanisierten Gebieten ein Keil slawischer Volkstums erhalten, der sich zu beiden Seiten der Warthe ziemlich weit nach Westen hin vorwärt. Irigendwie schroffe natürliche Schranke, die dem Vordringen und damit der Besiedlung eine klare überwindliche Schranke gesetzt hätte, etwa ein unüberwindliches Sumpfgelände oder ein hohes Gebirge, war nicht vorhanden. Die Kolonisation stagnierte, aber nicht an einem natürlichen Hindernis, sondern aus bevölkerungspolitischen Gründen, einfach, weil der Westen keinen Menschenüberschuß mehr liefern konnte. Daher das Zufällige, Unverständliche der Grenzlinie zwischen Polen und Deutschen; man hat überall den Eindruck eines unvollendeten, ganz unvermittel abgebrochenen Werkes. Auf die deutsche Ost-West-Bewegung des Mittelalters sagte in der Neuzeit eine solche in umgekehrter Richtung, als die Nationalitätenbewegung die Dörfer verdrängte, die steingefesteten Bewohner in die Fremde landete und billiges, polnisches Landproletariat in die Gegend zog, und als andererseits — in Oberpreußen — die Großindustrie, Kohlenbergbau, Eisenhütten- und sonstige Metallindustrie — ganze Heere wohlfeiler polnischer Arbeiter heranzog. Seit wenigen Jahrzehnten brandet gegen dieses polnische Vordringen die neue deutsche Kolonisationspolitik an, deren Germanisierungserfolge, wie ihre Vertreter selbst zugeben mußten, nur mäßig waren und den Erfolg hatten, daß in polnischem Gebiete einige kleine deutsche Sprachinseln mit holländischer Präzedenza gemacht. Das Schlimmste war, diese holländische Polenpolitik ist an innerer Unwiderstlichkeit; Eindeutschung des Gebiets fand auf dem Wege; aber es war ein finanzkapitalistischer Feldzug der Doppelhaken, in deren Kreuz

alles das mitmarschierte, was im Osten lukrative Geschäfte unter völkischer Waise witterte.

Aus all diesen Gründen ist es tatsächlich sehr schwer, sich ein zutreffendes Bild von der nationalen Zugehörigkeit in unserem Osten zu machen, geschweige denn eine Grundlage zu finden, auf der eine getreue, beide Teile betriebligende Scheidung der Interessengebiete möglich wäre.

Die bisher erschienenen Karten der Sprachverteilung in der Ostmark ergeben kein richtiges Bild. Sie sind einmal tendenziös konstruiert: von polnischer Seite herausgegebene Karten kommen zu ganz anderen Resultaten als die deutschen. Sie sind auch noch Prinzipien erzeichnet, die die wahren Verhältnisse verschleiern oder verfälschen. Es ist klar, daß eine Abtrennung des polnischen Sprachgebietes vom deutschen nur auf Grund genauer statistischer Unterlagen erfolgen kann. Wenn man daher, wie es tatsächlich geschehen ist, die Angaben von Schulkindern über ihre Muttersprache als maßgebend benützt hat, so ist es von vornherein klar, daß derartige Ermittlungen nicht zum Ziele führen. Auch die meist geübte Aufgründelung von Kreisen oder womöglich noch größeren Verwaltungsbereichen, deren Abgrenzung doch nicht von nationalen Gesichtspunkten aus erfolgt ist, wird stets eine falsche Darstellung ergeben. Es gibt nur eine Methode, die zum Ziel führt, die von Prof. Wenzl zur Zeit zur Herstellung einer Sprachkarte der Ostmark verwendet wird: Zurückgehen auf die Gemeinden. Im Augenblick, wo durch die Ausweisungen, die Unterdrückungsmassnahmen von Hüben und Brüden, infolge der Abwesenheit Tausender von Kriegsgefangenen und Saisonarbeitern und unter der Diktatur einer ausgepeitschten Soldateska eine Volksabstimmung zu einer Farce würde, kann nur eine genaue fortanographische Auswertung der statistischen Angaben der letzten Volkszählung, ausgehend von den kleinsten, statistisch erfaßten Wohnplätzen zu einem unerschütterlichen Ergebnis führen.

Dieses Material erbringt den schlüssigen Beweis dafür, daß die Polen kein ausschließlich geschlossenes Sprachgebiet bewohnen. Wie immer man die Grenzen ziehen wird, der polnische Staat wird stets andersnationale Minoritäten einschließen und wird stets polnische Exklaven in den Nachbarstaaten finden. Läßt sich keine dauernd sichere Einigungsbasis errichten, so wird Polen stets der irredentistischen Wetterwinkel Europas bleiben.

Am polnischsten ist in Preußen das Gebiet, das sich auf einer Linie Gohensalza—Gneien—Pöten—Bentzen—Kamisch—Krottschin—Oppeln bis in die Gegend von Oderberg nach Osten hin erstreckt, also erhebliche Teile der Provinz Pöten und Oberschlesiens; außerdem ist überwiegend polnisch der Südrand von Ostpreußen (Möhrren) und eine polnische Exklave links der unteren Weichsel. Selbst in den überwiegend polnischen Gebieten schwankt der Prozentgehalt der deutschen Bevölkerung zwischen 5 und 50 Prozent; wobei allerdings nicht verdrängt werden darf, daß die deutsche Bevölkerung vielfach zu einem großen Teil aus dem stark kultivierenden Behördenpersonal und sonstigen Beamten besteht. Andererseits muß auch der konfessionelle Unterschied in Betracht gezogen werden. Die Masuren in Ostpreußen sind Protestanten; und Konfessionsgemeinschaft ist in zurückgebliebenen Gebieten stets auch Kulturgemeinschaft.

Nach den Grundsätzen des Wilsonfriedens ist eine Abtrennung der rein polnischen Gebiete und solcher mit unabweisbarer polnischer Mehrheit selbstverständlich.

Darüber hinaus aber ist die polnische Forderung auf Abtrennung der Weichselniederung in einer Breite von 50 oder 100 Kilometern, einschließlich Danzigs, ebensolange national zu rechtfertigen, wie die beabsichtigte Grenzziehung von Sela über Schneidemühl nach Westpreußen. Gemäß befindet sich westlich der unteren Weichsel mit der Ostsee als Kern eine polnische Sprachinsel mit durchschnittlich 70 Prozent polnischer Bevölkerung, die, an den Rändern sehr stark verläutert und veräolert, sich zwischen Bromberg und der Ostsee (Gulbinel Sela) ausdehnt, in einem Ansläufer bis dicht an Danzig herantritt, aber nur auf eine ganz kurze Strecke gegenüber Marienwerder die Weichsel berührt. Die Weichselniederung zwischen Thorn und Bromberg ist rein deutsch, ebenso zwischen Graudenz und Marienwerder und zwischen Marienburg—Danzig—Gibing; in den Zwischenzonen ist die polnische Bevölkerung weitest in der Minderzahl.

Auch in dem Dreieck Birnbaum—Schneidemühl—König—Bromberg ist die Bevölkerung, vor allem in den fruchtbarsten Niederungen überwiegend deutsch; nur ganz wenige Sprachinseln mit starker polnischer Bevölkerung befinden sich auf den Hochfläden. Die überwiegend polnische Ostsee bei ist durch das rein oder überwiegend deutsche Nehe- und Weichselgebiet völlig isoliert: ein deutscher Korridor führt von der Mark Brandenburg nach Danzig und nach Ostpreußen. Man kann von Berlin bis Königsberg wandern ohne in andere als deutsche Dörfer seinen Fuß zu setzen.

Eine Annexion des Nehe-, vor allem aber des Weichselbezirks mit Danzig ist daher vom nationalen Standpunkt aus eine alatte, nicht zu bestrittene Unannehmlichkeit. Wirtschaftlich ist allerdings das Verlangen der Polen sehr wohl zu verstehen. Sie suchen Ansluß an den Weltverkehr und fordern daher ungebundenen Ausgang zur Ostsee nicht ein, in leistungsfähigen Hafen. Daß der Weltverkehr der Weichsel dabei als das Natürliche erscheint, ist klar. Aber eben so selbstverständlich ist, daß die Annexion des Korridors der Weichselniederung unter die Einwirkung von Deutschland abzuwenden und in die polnische Einflusssphäre bringen müßte. Selbst Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs in der selbstberianen Form würde daran nichts ändern. Die doppelte Ueberkreuzung einer vielleicht noch schändlich abgeleiteten Grenze müßte ihn in kurzer Zeit lähmen. Es ist übrigens durchaus nicht einzusehen, warum eine andersgeartete Lösung nicht auch den Polen ebenso den freien Ausgang zum Meere verschaffen könnte, wie etwa den noch weiter von der See ab wohnenden Tschecho-Slowaken. Die Möglichkeit besteht durch eine Internationalisierung der Flüsse. Am Reichtum der Dampfschiffahrt sind die Flüsse allmählich zu nichts anderem als zu störrischen Jamalen Einstülpungen des Meeres ins Land hinein geworden. Flüsse so frei als das Meer, das müßte ein Hauptargument für den Erwerbenden sein. Ebenso wie die Schmelz- und Tschecho-Slowaken könnte dadurch auch Polen seinen vollen Anteil am Weltverkehr haben.

Aber es sind auch — vielleicht sogar in erster Linie — andere Gründe, auf denen die polnische Forderung basiert. Da ist einmal das gerade bei den Polen in zunehmendem

organisierte, unter nationaler Flagge reiche Geschäfte machende Bankkapital, das in der Weichselniederung gewinnbringende Hypothekendarlehen, auch Industrie- und Verkehrsanlagen sucht. Vor allem aber liegt eine polnische Weichselniederung im Interesse der Entente. Wirtschaftlich wäre dann die Weichsel weniger ein Ausgang für die Polen, als ein Eingang für das westliche Finanzkapital. Man denke z. B., wie schlimm es um das Eisenbahnwesen in Polen steht. Das erste, was Polen unbedingt in die Wege leiten muß, ist ein das Land erschließendes Eisenbahnnetz. Hier kann und will sich das westliche Finanzkapital besonders betätigen. Danzig und die Weichselniederung polnisch, das würde bedeuten, daß von hier aus ganz nach dem Willen des ausländischen Kapitals die Bahnen orientiert werden würden, während bei einer Internationalisierung der schiffbaren Flüsse das polnische Eisenbahnnetz den natürlichen Ansluß an das deutsche suchen würde.

Das tatsächlich derartige Gesichtspunkte hierbei maßgebend sind, wird indirekt bewiesen durch die auffällige Zurückhaltung, die Polen Oberschlesien gegenüber ist. Oberschlesien hat erziehbare Kohlenruben, eine hochstehende Schwerindustrie. Aber Vönd Bergwerke und industrielle Anlagen sind fast in deutschen Händen. Ihre Erwerbung durch Polen selbst auf dem Wege der Entente würde ungeheure Summen verschlingen, ohne besondere Vorteile einzubringen. Denn für den polnischen Bedarf genügt das, was an solchen Werken auf polnischem Boden sich bereits befindet. Diese polnischen Werke sind zu einem großen Teile in Händen des französischen und belgischen Kapitals, dem sicher daran liegen wird, seine Monopolstellung aufrechtzuerhalten. Vor allem aber wäre die Transportfrage dann ein sehr schwer zu lösendes Problem. Oberschlesien verdrängt seine Kohlen zum größten Teil nach Ost- und Mitteldeutschland auf dem Oberwea; auf demselben Wea erhält die Schwerindustrie den größten Teil ihrer Rohstoffe — Erz und Schrott — und befördert ihre Erzeugnisse ab. Eine Abblückung vom Oberwea und eine eventuelle Ueberweisung an den allzu umständlichen Weichselwea müßte die Industrie ruinieren. Auf einheimische Rohstoffe — besonders Erz — kann sie sich kaum stützen (das Eisenerz wurde von den polnischen Mäkten im Reichden aus Südrussland mit ungeheuren Transportkosten bezogen); und dem Ententegehalt kann an einer polnischen industriellen Ueberproduktion, einer Exportindustrie, schon deshalb nichts liegen, weil es vielmehr selbst die eigenen Produkte, z. B. Eisenbahnmaterialien und rollendes Material in großen Mengen an Polen zu liefern hofft.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß man in Polen einer auf Annexion hinstrebenden Volksstimmung in Oberschlesien nicht nachgeben würde. Aber aus der ganzen Entwicklung geht jedenfalls deutlich hervor, daß die deutsche Weichselniederung den Polen näher liegt, als das polnische Oberschlesien, wobei sicherlich auch die Angst der nationalistischen Bourgeoisie vor dem radikalen ober-schlesischen Gruben- und Müllproletariat eine Rolle spielt.

Bergewaltigung der Minderheit.

Einen unerwarteten Abschluß fand gestern die Sitzung der Preussischen Landesversammlung. Im Vorkostenrat war beschlossen worden, am Nachmittag Schluß zu machen und am 30. April wieder zusammenzukommen. Diese Absicht wurde gestern durchkreuzt. Und das kam so. Zunächst sprachen der Reichsernährungsminister Robert Schmidt und der Minister für Landwirtschaft Braun über die vorliegenden Anträge zur Ernährungs- und Landarbeiterfrage. Braun ließ sich besonders eingehend über das Siedlungswea auf dem Lande aus. Nach seiner Rede lief ein Schlußantrag ein, wodurch unserem Redner das Wort abgehandelt wurde. Dagegen erhoben unsere Genossen Protest. Der Präsident Leinert ließ aber eine Debatte über den Schlußantrag nicht zu, unter Hinweis auf die Geschäftsordnung. Für Schluß der Besprechung stimmten die Rechtssozialisten und das Zentrum. Genosse Adolf Hoffmann stellte fest, daß bisher nur die Antragsteller und die Minister geredet hätten, eine Besprechung sei noch garnicht eröffnet gewesen, weshalb sie auch nicht geschlossen werden konnte. Der Beschluß bedeute daher eine Bergewaltigung schlichter Art, wie sie selbst unter Herrn von Kröner nicht beliebt gewesen sei. Auch der Vertreter der Volkspartei erhob Einspruch gegen diesen Beschluß.

Dann wollte der Präsident an die Erledigung der auf der Tagesordnung stehenden 53 Anträge gehen. Es war beabsichtigt, alle Anträge ohne Debatte den zuständigen Ausschüssen zu überweisen, und dann Schluß zu machen. Die Durchführung dieser Vereinbarung war aber nur möglich, wenn zu den einzelnen Anträgen Redner nicht gemeldet wären. Unsere Genossen standen auf dem Standpunkt, daß die Anträge zunächst im Plenum besprochen werden müßten. In diesem Zweck sollte die Landesversammlung noch in nächster Woche zusammenbleiben. Es müsse verhindert werden, daß den Anträgen das Schicksal zuteil werde, in der Verlesung zu verwinden, wie das früher üblich gewesen sei. Das wollten aber die anderen Parteien nicht, die ihre Disposition zur Abreise schon getroffen hatten. Unsere Genossen hatten zu jedem einzelnen Antrag Redner bestellt. Dadurch wurde die Abkehr der Mehrheit durchkreuzt, die Anträge ohne Besprechung in die Ausschüsse zu schicken. Das ging den Mehrheitsparteien natürlich gegen den Strich. Der Präsident Leinert erklärte, daß durch dieses Vorgehen die Geschäfte des Hauses nur verzögert würden. Die Anträge würden liegen bleiben bis zum Wiederzusammentritt des Hauses. Herr Oberbürgermeister Dominicus von den Demokraten suchte einen Vermittlungsantrag zu stellen, dahingegen wenigstens den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten zu verhandeln, der den 1. Mai und 9. November als nationale Feiertage erklärt wissen will, wenn die Unabhängigen bereit wären, ihre Wortmeldungen zu den einzelnen Anträgen zurückzugeben. Dieser Vorschlag fand aber Widerspruch bei den Deutschnationalen, die erklärten, auch sie hätten Anträge, auf deren vorzugsweise Behandlung sie Wert legten. Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte mußte der Präsident erklären, daß die Anträge auf der nächsten Tagesordnung stehen werden, und daß zu diesem Zweck das Haus am 18. April wieder zusammentreten wird.

„Schlagt sie tot.“

Von den reaktionären Blättern wird gegenwärtig mit den gemeinsten Mitteln eine neue Sehe zu entfalten gesucht, um die Regierung zu Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterräte aufzufutchen. So schreibt in der gestrigen Abendausgabe die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ über einen Vorgang in der Mittwoch-Sitzung des Berliner Arbeiterrats während der Rede von Däumig folgendes:

„Während dieser Rede kamen aus der Versammlung wiederholte Zurufe: „Was soll mit den Unternehmern werden? Sollen wir sie totschlagen?“ Däumig fuhr fort: „Ja, soll ich denn deutlich werden? Es wird so kommen wie in Russland. Das Proletariat wird den Unternehmern sagen: Ihr habt Generationen hindurch alle Vorteile genossen, jetzt verschwindet.“ Der Bericht bezeichnet hinter diesen Worten härmischen Beifall.“

Wir sind nun in der Lage, an der Hand eines fast wortgetreuen Stenogramms, die Worte wiederzugeben, die Däumig in seiner Rede wirklich gebraucht hat. An der entscheidenden Stelle, die hier nur in Frage kommen kann, führte Däumig etwa folgendes aus:

„Es ist ganz falsch, bei den Arbeiterräten immer eine Trennungslinie zwischen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu ziehen. Eine Organisation der Mäkte kann man nicht schaffen, zusammen mit den Kapitalisten, da können wir aus der Finanzkrisis nicht heraus. Es handelt sich um eine Wachsfrage; wie diese entschieden wird, weiß ich allerdings nicht, dazu bin ich nicht Prophet genug. Sie gehen von der Auffassung aus, daß die Revolution abgebrochen ist (Zuruf bei den Mehrheitslos: Nein!) Däumig fuhr fort, mit Betonung: Ja! (Zweiter Zuruf von den Mehrheitslos: Wir müssen doch mit den Unternehmern zusammenarbeiten; sie sind doch einmal da!) Däumig weiter fortführend: Wenn ich deutlich werden soll, dann stelle ich mir das so vor, daß die Arbeiter eines Tages sagen, Ihr habt Jahrzehnte, Jahrhunderte lang die Vorteile genossen, jetzt räumt das Feld! (Stärm. Beifall.)“

Nach unserer Erinnerung sind die vorstehend erwähnten Zurufe von dem Arbeiterrat Straffer (Rechtslos) gefolgt von „Totschlagen“ war nicht die Rede. Wenn Däumig den ihm zur Last gelegten Satz in Anwendung gebracht hätte, dann hätte das sicherlich auf der rechten Seite der Versammlung einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Das war aber durchaus nicht der Fall, im Gegenteil, es folgte nichts als der stürmische Beifall von der linken Seite, der sich auf den oben erwähnten Satz bezog. Aus der genauen Fassung, wie wir sie vorstehend wiedergegeben haben, geht der Sinn der Ausführungen von Däumig auch ganz deutlich hervor. Däumig hat lediglich darauf hingewiesen, daß die Unternehmer als Träger der Ausbeutung der Arbeiter bestraft werden müssen. Jede andere Auslegung ist eine böswillige Verleumdung, die allerdings den Reaktionen sicherlich sehr passend erscheinen wird, ihre Sehe gegen die Arbeiterräte zu verstärken.

Vollversammlung der Soldaterräte des III. Armeekorps.

Die am Sonnabend tagende Vollversammlung der Soldaterräte des III. A. K. im Pensionats des Herrenhauses hatte als wichtigsten Punkt die Stellungnahme und Wahl des Delegierten zum 2. Märzkongress auf der Tagesordnung. Zunächst erörterte der Vorsitzende Lude einen Bericht über die Tätigkeit des Korps-Soldaterrats während des letzten Monats. Wohin der Kurs geht, zeigen die Differenzen, die sich seit dem 1. März mit dem Generalkommando ergeben haben. Dem General v. Wittich sind dem Korps-Soldaterrat folgende Fragen zur sofortigen Beantwortung vorgelegt worden:

1. Erkennt der neue Korps-Soldaterrat die bisher von der Regierung erlassenen und die von der Nationalversammlung noch zu erlassenden Gesetze an oder nicht?
 2. Wie stellt sich der Korps-Soldaterrat zur Verfügung des Kriegsministeriums über die Neuregelung der Kommandogewalt?
 3. Wie stellt er sich zu den erlassenen Ausführungsbestimmungen des Generalkommandos?
 4. Beabsichtigt er die laut Verfügung des Generalkommandos in 37349 geforderten 6 Punkte zu unterstützen oder nicht?
- Diese Anträge sind dem Zentralrat unterbreitet worden, der dem Korps-Soldaterrat folgende Antwort zu geben ließ: Zu 1.: Von vornherein als unzulässig zurückzuweisen; zu 2.: ist durch die Erklärung der Mitglieder des Korps-Soldaterrats erledigt, daß sie unbedingte ihrer prinzipiellen Stellung zu der Verordnung vom 19. 1. 19 deren Beschmäßigkeit anerkennen und sich auf den Boden derselben stellen wollen; zu 3.: wird dahin entschieden, daß das Generalkommando nicht berechtigt ist, Ausführungsbestimmungen zu beschließen zu erlassen, daß dies vielmehr Sache des Kriegsministeriums ist. Die Ausführungsbestimmungen werden demnächst erscheinen.

Diese Antwort, die eine Auflehnung des Zentralrats nach sich ziehen läßt, wurde dem General v. Wittich unterbreitet, der erklärte, den Zentralrat als vorgelegte Behörde nicht anerkennen zu können und auf die Beantwortung seiner Fragen bestehen müsse. Auch über die Regelung der Disziplinargewalt die aus dem Jahre 1872 stammt und nach einer Verfügung des Kriegsministeriums noch zu Recht besteht, hat es Differenzen gegeben. — Trotz einer gegenteiligen Erklärung, die der Reichsernährungsminister Rode dem Soldaterrat Spandau gegeben hat, ist nach Götzbus auch Spandau jetzt von Truppen des Korps Hülse befestigt worden.

In der Diskussion wurde es wohl verurteilt, daß die Verpflegungslage für die in den Lazaretten liegenden Verwundeten und Kranken immer mehr herabgesetzt werden und daß diese nur eine Mäßigung erhalten, während die jungen Soldaten der Freiwilligenkorps bei reichlicher Verpflegung 4 Mark und mehr erhalten. Nach den früheren Kriegen hat man die Invaliden erst nach Jahren vergesien, jetzt vergißt man sie schon, während sie noch im Krankenbett liegen!

Nach einem Referat des Kameraden Kleinschmidt über die Aufgaben des II. Märzkongresses fand eine Resolution des Kameraden Lühke einstimmige Annahme, in der unter Hinweis auf eine schon früher beschlossene Kundgebung die Regierung der Kommandogewalt vom 19. 1. als ein Verrat an der Revolution abgelehnt und die uneingeschränkte Durchführung der 7 Hamburger Punkte gefordert wurde. Die Ausschaltung der Soldaterräte habe hauptsächlich den Brudermeid in den letzten Wochen verschuldet. Den gegenrevolutionären Schreibern ist auf dem Märzkongress durch Forderung der Abschaffung der Freiwilligenverbände und Aufstellung eines faschistischen Heeres mit selbstgewählten Führern Einhalt zu gebühren.

Eine weitere Resolution des S. A. der Garnison Cottbus, die in der Zusammenkunft des Kongresses eine Rechtsmachung der Soldaten sieht, und sich nur mit denjenigen Maßnahmen und Ergebnissen einverstanden erklären kann, die tatsächlich den revolutionären Schreibern widerstehen und führen.

Rätekongress als Material überweisen. Als Delegierter zum Rätekongress wurde darauf E. B. D. (N. S. P. D.) einstimmig gewählt. Für den ausgeschiedenen Kameraden Poole tritt Kamerad Beldner (N. S. P. D.) in den Räte-Kongress ein. — Zum Schluss erhob die Versammlung scharfen Protest gegen die Verhaftung des S. M. Ritzke's in Berlin, die auf Grund einer indes beigelegten Differenz mit dem dortigen Oberarzt erfolgt ist.

Sitzung des Volkzugsrats.

Freilassung der politischen Gefangenen!

Der Volkzugsrat hielt am 20. März eine Sitzung ab, in welcher er sich mit einem Antrag der Volksgemeinschaft der kommunalen Arbeiterräte beschäftigte. Gemäß diesem Antrag, der eine Vertretung der kommunalen Arbeiterräte im Volkzugsrat verlangt, wurde nach eingehender Aussprache, in welcher die Wichtigkeit des Fortbestehens der kommunalen Arbeiterräte hervorgehoben wurde, folgender Beschluss gefasst:

Die Existenzberechtigung der kommunalen Arbeiterräte soll der Entscheidung einer sofort einzuberufenden Volksgemeinschaft der Groß-Berliner Arbeiterräte gemeinsam mit dem kommunalen Arbeiterrat überlassen bleiben. Dasselbe auch allen Eingliederungen bzw. Aufnahme in den Volkzugsrat. Den Parteien wird anheim gestellt, die Frage in ihren Fraktionen zu beraten und der Volksgemeinschaft geistig zu unterstützen.

Es wurde beschlossen, die Volksgemeinschaft, die zu dieser Frage der kommunalen Arbeiterräte Stellung nehmen soll, zum Sonnabend, den 6. April d. J., einzuberufen.

In Erledigung der am 6. März mit dem Kabinett in Weimar stattgefundenen Verhandlung wurde beschlossen, folgendes Schreiben an den Ministerpräsidenten Scheidemann abzusenden:

Der Volkzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter, und Soldaterräte entsandte am 6. März d. J. eine Delegation, die mit dem Kabinett über die Freilassung des Generalstreikes und die Forderung der Berliner Arbeiter verhandeln sollte. Der Abzug 8 der Forderungen verlangte: „Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere Freilassung des Genossen Lebebour, Niederschlagung aller politischen Prozesse, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Verweisung aller militärischen Vergehen an die Zivilgerichte, insbesondere sofortige Aufhebung aller militärischen Standgerichte, Sofortige Verhaftung aller Personen die an politischen Morden beteiligt waren.“

Bei der Verhandlung über diese Forderungen wurde vom Herrn Ministerpräsidenten folgendes erklärt: „Nur Zeit, wo in den Straßen Berlins noch gekämpft und gekämpft wird, kann ich dieser Frage nicht näher treten.“ Der an den Verhandlungen teilnehmende Reichsminister Giesberts sowie der Generaldirektor Brämann schlugen folgende Fassung der Forderungen vor: „Sobald die Ruhe und Ordnung in Berlin wieder hergestellt ist, sollen die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt werden.“ Sie, Herr Ministerpräsident, erklärten dann ebenfalls, daß Sie sich diese Fassung zu eigen machen wollten, jedoch offiziell in der augenblicklichen Situation als Ministerpräsident solche Erklärung nicht abgeben könnten. Der Herr Reichsminister Giesberts gab dann noch die ehrenwörtliche Erklärung ab, daß er für die Freilassung im Kabinett eintreten werde, wenn die Ruhe und Ordnung in Berlin hergestellt seien.

Der Volkzugsrat stellt fest, daß jetzt in Berlin die Ruhe und Ordnung vollständig wieder hergestellt sind. Die politischen Kämpfe haben aufgehört und die Arbeiterschaft geht seit Wochen ihrer Beschäftigung nach. Der Volkzugsrat erlaubt sich daher, das Kabinett an die am 6. März gegebene Zusicherung zu erinnern. Er erwartet, daß jetzt die ehrenwörtliche Zusage des Herrn Reichsminister Giesberts durch das Kabinett eingelöst wird.

Groß-Berlin.

Austritt aus der Landeskirche.

Wiederholt laufen in unserer Redaktion Anfragen ein, wie der Austritt aus der Landeskirche zu bewerkstelligen ist. Wir lassen deshalb in kurzer Form die Bestimmungen des Gesetzes folgen, das nach der Revolution am 9. November einige Erleichterungen erfahren hat.

Danach gelten jetzt für den Austritt aus der evangelischen und katholischen Kirchengemeinschaft, sowie aus den Synagogengemeinschaften folgende Bestimmungen:

Wer aus der Kirchengemeinschaft auscheiden will, hat dies dem Amtsgericht an seinem Wohnsitz mitzuteilen. Die Austrittserklärung muß zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen oder schriftlich in öffentlich beglaubigter Form (notarielle Beglaubigung der Unterschrift des Erläuternden) eingereicht werden. Der Austritt ist mit dem Einlauf dieser Erklärung bei dem Amtsgericht vollzogen.

Auf Antrag muß das Amtsgericht dem Ausgetretenen eine kostenlose Bescheinigung über den Austritt erteilen. Für das Verfahren werden Kosten nicht erhoben.

Ehegatten müssen jeder für sich die Austrittserklärung abgeben, für Kinder kann der Vater den Austritt erklären.

Wer somit aus der Kirche ausgeschieden ist, braucht Kirchensteuer nur noch bis zum Ablauf des betreffenden Kalendervierteljahrs zu zahlen. Wer also seinen Austritt noch bis morgen bewerkstelligt, braucht nach dem 1. April keine Kirchensteuer mehr zu zahlen.

Die Kämpfe um Lichtenberg vor dem Kriegsgericht.

Als erster Angeklagter aus Anlaß der Kämpfe im Osten Berlins stand der 19jährige Arbeiter Erich Stegmann vor dem Kriegsgericht. Ihm wird zur Last gelegt, daß er sich nach der Auflösung der Depots der Republikanischen Soldatenwehr, der er zeitweise angehörte, den Spartakisten zur Verfügung gestellt und daß er auf Regierungstruppen geschossen haben soll. Er gab das zu, will aber von den „Spartakisten“ dazu gezwungen worden sein. Bei seiner Festnahme wurde er jedoch ohne Waffe betreten. Er soll dann angeblich ganz freiwillig und in voller Ruhe folgendes Bekenntnis abgelegt haben: „Ich Erich Stegmann, gebe zu, daß ich auf Seiten der Spartakusbanden auf Regierungstruppen geschossen habe. Ich weiß, daß ich auf Grund des Standrechts erschossen werde. Dieses Bekenntnis habe ich freiwillig abgelegt.“ In der gestrigen Verhandlung bestritt der Verteidiger des Angeklagten die Zurechenbarkeit des Kriegsgerichts. Er sei der An-

sicht, daß die Republikanische Soldatenwehr eine vorübergehende Erscheinung gewesen sei und nicht zum Heere gehöre. Als Reagen hierfür schloß er erst. Bruno Mollenhuth, Richard Müller, Däumig und den Hünferthal vor. Das Kriegsgericht erklärte sich jedoch als zuständig, unter der Begründung, daß die Republikanische Soldatenwehr seinerzeit von der Regierung als militärische Truppe aufgestellt worden sei und aus staatlichem Eigentum Übung und Verpflegung erhalten habe. Der Vertreter der Anklage hielt den Angeklagten im Sinne der Anklage für unfähig und beantragte 10 Jahre Zuchthaus. Das Kriegsgericht verbot sich jedoch zu der Ansicht, daß der Angeklagte auf Regierungstruppen geschossen, nicht voll und ganz durchgegangen, war aber der Überzeugung, daß sich der Beschuldigte durch sein weiteres Verhalten an dem Aufruhr gegen die Regierung aktiv beteiligt habe und erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Achtung! Arbeiterräte und Funktionäre der U. S. P. D.

Am Mittwoch, den 2. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Sitzungssaal des Herrenhauses, Leipziger Straße, eine Fraktionsführung der Arbeiterräte und Funktionäre statt. Jeder Arbeiterrat hat das Recht, auf je 1000 Arbeiter zwei bis drei Funktionäre einzuführen.

Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D. Arbeiterräte, Sommerfeld.

Der Rednerkursus der U. S. P. D. Arbeiterräte findet am Montag, den 31. März, abends 7 Uhr, in den Zelten 23 statt. Der Fraktionsvorstand.

Spandauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit einigen sehr wichtigen Fragen, die das Volkwohl, namentlich der armen Bevölkerungsschichten, betreffen. Man erzielte dem Magistrat die Ermächtigung, die vorläufige Regelung des Etats für 1919 bis zur Fertigstellung des Haushaltsplanes. Die Bewilligung von 150 000 Mark zur Anstellung weiterer 40 Polizeibeamten machten unsere Genossen Wagner und Müller abhängig von der Abänderung der Anstellungsbedingungen und der Einstellung von Kriegsbeschädigten für den Innendienst; dem wurde auch zugestimmt, gegen die Stimmen der Bürgerlichen. Der Etat wurde zurückverwiesen zur nochmaligen Beratung, ob es geboten erscheint, den Verbrauchern bis zu 300 Sublimeitern das Gas für 35 Pf. anstatt 40 Pf. per Kubikmeter zu liefern. Die weiteren zur Beratung stehenden Etats wurden genehmigt. Eine Generaldebatte entsand sich bei dem Antrag unserer Fraktion, bez. Aufhebung des Belagerungszustandes. Unser Genosse Leo legte eindringlich die Ungeheuerlichkeit dieser Verordnung dar, er wies nach, daß mit dem Entzünden des Korps Schicksal erst Unruhe entstand, dem leider zwei Menschenleben unglücklich zum Opfer fielen, deren Blut an den Fingern der Mehrheitspartei klebt; er wies ferner nach, daß keines der Kriegssozialisten ein Epithelium im schlimmsten Art gerieben wird; er wies auch auf einen Wundbeißer aufmerksam, wonach sämtliche Spartauführer (gemein) in Spandau die Unabkömmlichen zu verhaften sind; er machte ferner auf Ausführungen des Generals Göljen und seines Staboffiziers aufmerksam, wonach ein Mitglied jener „Arbeiterräte“ das Korps hinterzucken hätte. Seine Ausführungen riefen natürlich bei der Mehrheit einen Sturm der Entrüstung hervor. Stadiv. Jahnke (Reg.-Bez.) glaubte nun aus hieraus antworten zu müssen, jedoch war seine Rede nur ein Kollisch à la Spine in der Reichslichen Landesversammlung; tatsächlich wählte dieser famose „Arbeiterräte“ nichts hervorzubringen, er erging sich schließlich nur noch in persönlichen Beschimpfungen gegenüber unserer Fraktion, speziell des Genossen Leo. Unsere Genossen Wagner, Drescher, Dahke und Fisch nahmen dann nach Veranlassung, diesen lauberen Herrn etwas näher auf die bestehenden und kommenden Verhältnisse hinzuweisen. Schließlich wurde unserem Antrag zugestimmt. — Der nächste Antrag auf Abban der Vorschule wurde angenommen. Ein hierzu gestellter Antrag unserer Fraktion, unter den Schülern des 7. Lehrjahres eine Auswahl der Beschäftigten zu weiterem höheren Schulbesuch vorzunehmen, wurde dem Volkbildungsamt überwiesen. Auch die weiteren Anträge der Mehrheitspartei: 1. Einrichtung einer Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten, 2. Magistratsmitglieder und Stadtverordnete dürfen keine häuslichen Arbeiten übernehmen, 3. Wahl von 40 Bürgerdeputierten für die Antenne der Lebensmittelpunkte, wurden angenommen. Bei der Beratung des Dringlichkeitsantrages „Die unbesoldeten Magistratsmitglieder stellen ihre Mandate zur Verfügung“, war es auch wieder der famose Herr Jahnke, der auf einmal die Tätigkeit der alten, auf ein Wahlrecht bestehenden, Stadtverordnetenversammlung, mit Dankeschämmer bedachte. Der Antrag wurde angenommen. — Am Schluß der Versammlung widmete der Vertreter Kramm dem am 1. April abendenden Oberbürgermeister Noe die einige Abschiedsworte, der seinerseits es als einen Schmerz für seine Lebensabend ansieht, wenn Spandau nach Berlin eingemeindet wird.

Stadtverordnetensitzung in Neukölln.

In der Sitzung am Freitag wurde zunächst die Debatte über die Anträge unserer Genossen bez. Wohnungsnot fortgesetzt. Von allen Seiten wurde vor allen Dingen gegen die Benutzung der Schulen zu Wohnzwecken protestiert. Den Standpunkt unserer Fraktion brachten die Genossen Stadte und Bachmann zum Ausdruck. Sie verlangten energische Maßnahmen seitens des Magistrats, auch einen Druck auf die Besitzer großer Wohnungen, Räume für obdachlose Familien zur Verfügung zu stellen. — Eine längere Debatte gab es beim Antrag der Mehrheitspartei bez. Aufhebung der Vorschulen zum 1. April. Hierzu lag ein Zusatzantrag unserer Genossen vor, am 1. April Versuchsklassen für Vergabte einzurichten. Genossin Schütz begründete den Antrag und forderte noch, mit dem bisherigen Freistellensystem aufzuräumen, denen das Obium der Wohlhabenheit zu sehr anhaftet. Sie wies auf den Vorteil hin, welchen die Vorkurschulen schon dadurch haben, daß die Kinder alle die gleiche Vorbildung besitzen, so daß ein Erfolg damit schon gegeben ist. Durch die bisherigen Vorschulen wurden lediglich Kinder in die höheren Schulen gebracht, die nicht die höheren Kenntnisse, sondern nur die höheren Geldmittel besaßen. Stadtschulrat Dr. Buchenau begrüßte die eingebrachten Anträge und beantwortete aus wärmste die Einzelanträge. Er legte dann seine Pläne dar bez. Errichtung eines sozialpädagogischen Amtes, welches das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen umfassen soll und als höchstes Ziel die Errichtung einer Volkshochschule hat. Bezüglich der Anträge wies er auf die Schwierigkeiten hin, schon am 1. April die Vorschulen aufzuheben. Bemerkenswert ist, daß auch Stadtschulrat Dr. Buchenau keine Hoffnungen auf die jetzige Regierung setzt in bezug auf eine gründliche Reform der Schulen. Die Anträge wurden der Kommission für das Regabienwesen überwiesen. Eine Anfrage unserer Genossen bez. Gleichstellung der Kriegerverwundeten mit den Gewerkschaften in der Unternehmung wurde von Genossin Deutschmann äußerst wirkungsvoll begründet. Genosse Stadte verlangte ebenfalls energische Maßnahmen. Stadtrat Lindner beklagte es, daß den Gemeinden die Hände gebunden sind, da diese Fragen von der Zentralstelle, dem Hauptamt, zu regeln sind. Er appellierte an unsere Genossen, diese Angelegenheit in der Nationalversammlung zur Sprache zu bringen. Zu einem Antrag der Bürgerlichen, Erziehung der Schulen bei den Unruhen, verlangte Genosse Sievers die Einsetzung einer Kommission, welche die

Unterstützungsanträge zu prüfen hat. Die Erhöhung des Gaspreises auf 35 Pf. und des Elektrizitätspreises auf 80 Pf. für Licht und 26 Pf. für Kraft wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

An verzehende Abonnenten!

Abonnenten der „Freiheit“, die am 1. April ihre Wohnung wechseln, wollen umgehend ihrem Exditeur von ihrem Umzug unter Anabe der neuen Wohnung Mitteilung machen, damit ihnen in der neuen Wohnung das Blatt sofort zugestellt werden kann.

Zu dem Mord in der Bülowstraße wird mitgeteilt: Die Obduktion, die Geh. Medizinalrat Dr. Eidermer vornahm, ergab, wie vorausgesehen war, daß Reulein Weich mit der beschriebenen Schmir erdrückt worden ist. Was die Spur des Täters betrifft, sei bemerkt, daß der Verdächtige eine helle Sportmütze mit Sportstoffschiem, eine gelbliche Kappe und Gamaschen trug und den Eindruck eines Schiebers macht. Bei sich trug er einen etwa 50x50 Zentimeter langen und breiten Pappteller, der wahrscheinlich die geraubten Sachen enthielt hat. Sicher hat der Mörder auch einen größeren Koffer mitgenommen.

Aus den Organisationen.

Neukölln. Die Werbegeleit für die „Freiheit“ sind heute, Sonntag, einzuliefern. Die Ablieferung der Zettel kann heute, Sonntag, nachmittag von 3-7 Uhr im Bureau erfolgen. Die Redaktionen müssen, wenn eine geregelte Zustellung erfolgen soll, spätestens bis Montag nachmittags abgeben werden.

Charlottenburg. Montag abends 7 1/2 Uhr. Frauen-Vesperabend für die 7. und 8. Gruppe bei Lehmann, Wittenbergplatz 3.

Köpenick. Montag, den 31. März, abends 7 Uhr. Frauenleserabend bei Paul, Blomhertz 43. Köpenick.

Trebbin. Montag, 31. März, abends 7 Uhr. bei Klabe, Sandbergstraße 20/21. Frauenleserabend. Vortrag der Genossin Blach. — Dienstag, 1. April, abends 7 Uhr. im Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 84, außerordentliche Mitgliederversammlung. Bericht vom Vorstand.

Trebbin. Montag, 31. März, abends 7 1/2 Uhr. Vesperabend bei Joham, Geeltz 22.

Bergholz. Montag, 31. März, abends 7 Uhr. bei Henken, Genslerstr. 8. Mitgliederversammlung. Bericht vom Vorstand.

Tempelhof. Montag, 31. März, abends 7 1/2 Uhr. im Restaurant Stuhmann, Dorfstr. 50, Frauenbildungsabend. Referent: Genossin Sinnerich (Neukölln). Vortrag über „Die Frauen und die heutige politische Lage.“

Treue Jugend Groß-Berlin. Zentralvorsitzungsbesitzung am Montag, 31. März, ausnahmsweise pünktlich abends 7 Uhr.

Spiel und Sport.

Kartellverband für Sport und Körperpflege. In der Vorlesung Sitzung hat sich der Kartellverband neu konstituiert und hat alle Aufsichtsin an die unterstehende Kommando zu richten. Wir fordern ganz besonders diejenigen Diskardelle zur Weidung und Wohl eines Kartellers auf, die solches bisher unterlassen haben. Nicht dann sonst werden sich die Kartellverbände auflösen. Kartellverbände sind nicht am Ziele, darum geht es nicht um Verhinderung der Kartellverbände, sondern um die Kartellverbände, die unter in der Kartellverbände steht! Bruno Bloch, Berlin O. 17, Strolovener Allee 22.

Treue Turnerschaft Neukölln. Am Sonntag, den 30. d. M., findet in der Turnhalle des Realgymnasiums, Kaiser-Friedrichstraße, ein öffentliches Zusammenkommen der Männer-, Frauen- und Jugendabteilung statt. Beginn 4 Uhr. Eintritt frei. Gaste erbeten.

Gewerkschaftliches.

Aus den Kriegsgesellschaften.

Die einseitige Abneigung der Arbeitgeber gegen die freigeberischen Organisationen der Angestellten hat auch durch die Novemberrevolution an ihrer Stärke nichts eingebüßt. Die Angestellten der Kriegsgesellschaften hatten schon wiederholt Gelegenheit, die rüchständigen Ansichten der Leiter der Kriegsgesellschaften kennen zu lernen. Neuerdings treten lebhere mit Maßregelungen gegen Mitglieder der freien Gewerkschaften auf. In der Reichsfuttermittellstelle wurden mehrere freigeberische Angestellte und zugleich Mitglieder des Angestellten-Ausschusses gekündigt, die besonderen Anteil an der organisatorischen Zusammenfassung ihrer Berufsgruppen hatten. Diese Prozedur der Reichsfuttermittellstelle richtet sich aber nicht nur gegen die freien Gewerkschaften und gegen das gezielte gezielte Koalitionsrecht der Angestellten, sondern auch gegen die Einwirkung der Angestellten-Ausschüsse. Die Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgeschäften und des Verbandes der Bureauangestellten werden in einer am Montag, den 31. 3. 19, um 6 Uhr im großen Vorkursaal stattfindenden gemeinsamen Mitgliederversammlung Stellung zu dem provokatorischen Vorgehen der Reichsfuttermittellstelle nehmen. Rosenbruch ist dabei notwendig. Eintritt nur gegen Vorzeigen der Mitgliedsbüchchen. Zentralverband der Handlungsgeschäften, Sektion der Angestellten der Kriegsgesellschaften, J. K.: Wendland, Verband der Bureau-Angestellten Deutschlands, Cridgruppe Berlin, J. K.: Lamprecht.

Deutscher Döblerverband. Am Montag, den 31. März, abends 7 Uhr, bei Gaverland, Neue Friedrichstr. 35, Mitgliederversammlung.

Achtung! Weidstranberrlebe. Am Montag, den 31. 3. findet bei Franke, Radstraße 19, eine Versammlung statt. Stellungnahme zum Kollektivabkommen. Die Oblate.

Achtung!

Nur 3 Tage noch kann

Berliner Stadtanleihe von 1919
gezeichnet werden, also zeichnen!

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurden der Nachtrags- und der Post-Stat in der nunmehr schon zur Gewohnheit gewordenen oberflächlichen Art in zweiter und dritter Lesung behandelt, bevor sich das hohe Haus für zwei Wochen vertagte.

Genosse Laufant begründete in kurzen Worten die Ablehnung des Präsidenteneinkaufs. Sonst brachte die Debatte nichts von Belang. Nur Reichswehrminister Noske ließ die Gelegenheit nicht vorbegehen, eine seiner provozierenden Reden zu halten. Er verbreitete sich des längeren über die „unhaltbaren Zustände“ in den Reichsbetrieben und Waffenfabriken und schiebt alle Schuld daran den Arbeitern, Soldaten- und Betriebsräten zu. Von der gewaltigen Arbeit, die die Räte inmitten des ankommenden Heeres geleistet haben, weiß er kein Wort zu sagen. Unter dem Beifall der Konservativen verleumdet er die Arbeiter der Reichsbetriebe, die ihm, dem Reichswehrminister, unterliehen. Bezeichnend für ihn ist die ganze überhebliche und lächerliche Art, mit der er von den Deputationen, die bei ihm waren, spricht und von den Forderungen der Spandauer Arbeiter. Er hat nicht das geringste Verständnis für die Gefühle und Ansprüche dieser Arbeiter, die jahrelang im Dienst des Militarismus kluften mußten. Er antwortet ihnen nicht wie ein Volksempfänger, nicht wie ein Sozialist und Arbeiter, sondern — wie man es von ihm gewohnt ist, lächerlich und herausfordernd. Und die Konservativen klatschen Beifall. . .

82. Sitzung, Sonnabend, den 29. März 1919.

Auf der Tagesordnung: Die zweite Beratung des Nachtragsplans und Postplans.

Hg. Laube (Soz.) berichtet im Namen des Haushaltsausschusses über den Nachtragsplan. Der Ausschuss hat den Regierungsvorschlag, der die Bezüge des Reichspräsidenten auf 100 000 M. monatlich vorläßig nicht genehmigt. Er hat die persönlichen und die sachlichen Bezüge getrennt und schlägt vor, dem Reichspräsidenten ein persönliches Gehalt von jährlich 100 000 M. zu gewähren und für die mit dem Amt verbundenen sachlichen Ausgaben 500 000 M. jährlich einzusetzen. Das ist nur der zwanzigste Teil der Ausgaben, die das bisherige Reichsüberhaupt erfordert. Die Regelung der Pensionen soll einem besonderen Gesetz überlassen werden. Die Mehrheit des Ausschusses hielt eine Pensionsberechtigung des Reichspräsidenten nicht für erwünscht. Die Frage der Ministergehälter und Pensionen soll beim ordentlichen Etat geprüft werden. Evident sind aber erhebliche Absätze bei den Wohnungsgeldzuschüssen der Minister gemacht werden. Die früheren Volksbeauftragten hatten monatlich ein Gehalt von 2000 M. bezogen und keiner von ihnen hat irgend welche Versorgungsansprüche gestellt. (Beifall.)

Hg. Laufant (U. Soz.):

Wir lehnen das Gehalt des Reichspräsidenten ab, weil wir diesen Posten nicht nur für überflüssig, sondern für schädlich halten. Die Summe ist auch viel zu hoch. Die Regierung hat mit dem alten Mittel des Kleiderkaufs operiert und sich von ihrer viel zu hohen Forderung die Hälfte abhandeln lassen. (Inruhe s. d. Mehrheit.) Ebenso wie das Gehalt soll auch die sachlichen Ausgaben viel zu hoch. Diese soll das Reich bezahlen und darüber beschließen und nicht ein einzelner Mann. Auch die Repräsentationen und Reisen sind ganz unnötig. Früher haben sie die Konventionen auch erst öffentlich abgelehnt und nachher haben sie die schändlichsten Intrigen gelassen. (Heiterkeit.) Der Reichspräsident dürfte kein höheres Gehalt bekommen als die übrigen Minister, gerade in einer Zeit, wo alles über die angeblich hohen Löhne der Arbeiter und Arbeitslosen jammert. Diese Ausgaben bedeuten eine Befestigung der kapitalistischen Republik. Wir lehnen sie ab.

Bei der Beratung des Postplans ergriff Reichswehrminister Noske das Wort: Es ist richtig, daß sich in militärischen Germanien noch eine ganze Anzahl Personen befinden, an deren Weiterdiensten das Reich tatsächlich kein Interesse hat. In der Hauptsache ist das zurückzuführen auf eine Verletzung aus der Zeit des Pringen Kay, wonach jeder Heeresangehörige das Recht hat, nach Erfüllung der Demobilisierung für seinen Truppenteil noch 4 Monate in der Reserve zu bleiben, falls er inzwischen keine Arbeit gefunden hat. Postentgelt befreit sich unser Wirtschaftlichen hoch so, daß die Arbeitslosigkeit gemindert. Dann werden und müssen sich natürlich auch die Verhältnisse in dem Staatsverhältnissen bessern. Besonders schwierig waren die Verhältnisse in der Torpedowerkstatt Friedrichsort bei Kiel. Am ersten Revolutionstage erklärten die Arbeiter, daß sie sich von nun an weigerten, auch nur einen Handschlag für die Herstellung von Kriegsmaterial zu tun. Die Folge war ein vollständiges Stillstand jeder Art von Tätigkeit. Es sind namentlich die Zustände in den militärischen Werkstätten am stärksten zersplittert unerschütterlich. Es gibt Verleumdungen, die ungeführ den zwanzigfachen Umfang während des Krieges angenommen haben. Trotzdem verlangen die Vorführer der Arbeiter, daß keine Entlassungen in diesen Betrieben vorgenommen werden dürfen, sondern daß die Sozialisierung der Betriebe und ihre Umstellung auf Friedenswirtschaft vorgenommen werden solle. Dann noch ein paar Worte, um auch darüber Klarheit zu schaffen und um dadurch vielleicht auch eine moralische Wirkung auszuüben, über die Zustände in den Spandauer Betrieben. Zur Zeit dieser Verhältnisse hat sich am ersten Revolutionstage eine sogenannte Generaldirektion gebildet, die aus elf Arbeitern und acht Angestellten besteht. Durch ein eigenartiges Wahlverfahren und durch einen geradezu unerhörten Terrorismus hat man erreicht, daß diese elf Arbeiter sämtlich unabhängige Sozialkassen seien sind. Es muß eine Umstellung der Betriebe vorgenommen werden, die natürlich eine gewisse Zeit erfordert. In dieser Umstellung gehört aber auch, daß die Autorität der Reichsleitung und der Behörden wieder hergestellt wird. Die jetzt vollständig ausgeschaltet ist. Es muß ein verbindliches Zusammenwirken zwischen den Betrieben und den Betriebsräten hergestellt werden. In Spandau wird aber heute — das heißt jetzt — zu einem sehr betrüblichen Teile politisiert und es wird nicht einmal die Arbeit geleistet, die unter den ehernen Verhältnissen geleistet werden könnte und müßte. In den nächsten Tagen soll mir, wie ich erfahren habe, ein Hilfspersonal von Arbeitern der staatlichen Gewehr- und Waffenfabriken zugehen. Es heißt in dieser Resolution u. a.: Die Arbeiterklasse erklärt in den Ausgaben für die Freiwilligenverbände eine Vergütung von Staatsgeldern, jedoch richtig s. d. U. Soz.) und sie werde jede Waffen- und Munitionsherstellung verweigern, falls nicht bis zum 3. April, dem Zusammentritt des zweiten Reichstages, eine nur von gemäßigten und politisch orientierten Arbeitern abgelehnt

Vollmacht geschaffen sei. Ich kann schon heute feststellen, daß selbstverständlich, wenn diese Forderung mit in aller Form übergeben werden sollte, sie nicht entsprochen werden wird (Beif. Bravo); daß ich dem Streik in den staatlichen Waffen- und Munitionsbetrieben mit der größten Ruhe entgegenstehe, daß ich aber dafür sorgen werde, daß wie schon beim letzten Streik, in den staatlichen Betrieben für die Streiklage auch nicht ein Pfennig gezahlt wird.

Hg. Noske (Soz.): Diejenigen Staatsbetriebe, die nicht mehr in der alten Form ausüben werden können, müssen möglichst schnell für den Friedensbedarf umgestaltet werden. Wir

Die Arbeiter und die Presse.

In keinem Kampf um wirtschaftliche und politische Freiheit besitzt das Proletariat keine bessere Waffe als seine Presse. Ohne sie ist die Führung des Kampfes unmöglich, ohne sie wird es niemals gelingen, die Masse des Proletariats für den Sozialismus zu gewinnen.

Die sozialistische Presse hat die schwierige Aufgabe, das vom Kapitalismus getragene bürgerliche Pressewesen aus den Wohnungen der Arbeiter zu verdrängen und die bürgerliche Bestimmung aus den Händen der Arbeiter zu beiseitigen. In diesem Kampf, der mit ungleichen Waffen und ungleichen Mitteln ausgetragen werden muß, ist die sozialistische Presse auf die Unterstützung der Arbeiter dringend angewiesen.

Die Revolution hatte der sozialistische Presse etwas mehr Bewegungsfreiheit geschaffen, als sie früher und während des Krieges besessen hat. Aber gegenwärtig sind die Rechte der unabhängigen sozialistischen Presse mehr bedroht als je zuvor. Unter der Herrschaft „sozialistischer“ Minister werden alle die gewöhnlichen Sicherheiten schamlos mißachtet, die selbst die alten Gewalten nicht anzutasten gewagt hatten. Die „Freiheit“ wurde ohne jeden Grund verboten, und das Erscheinen der „Roten Röhre“ wird noch heute durch Gewalt verhindert.

In dem Kampf gegen diese Unterdrückungspolitik der Regierung wie auch im Kampf für die Rechte der Arbeiter wie für die Fortführung der Revolution steht die unabhängige sozialistische Presse völlig allein. Die bürgerliche Presse, von der Furcht vor der Verwirklichung des Sozialismus beherrscht, ist die willfährige Helfershelferin aller gegen die Arbeiter gerichteten Bestrebungen.

Aber ein noch gefährlicherer Feind ist die rechtssozialistische Presse, die unter der heuchlerischen Maske des Freundes der Arbeiter verrät. Allen voran marшиert in dieser Hinsicht der „Vorwärts“. Neben Schwindel, der sich gegen die Arbeiter und die Arbeiterräte richtet, hat er willfährig seine Spalten geöffnet. Er hat den Schwindel von den achtundert Millionen der K. und S.-Räte in die Welt geschleudert, er hat sich an jeder anderen gemeinen Hebe gegen die K. und S.-Räte beteiligt, und er hat alle Schwächen der Soldatenräte zu verknüpfen gesucht. Die Mörder von Liebknecht und Luxemburg hat er unter seine schützenden Flügel genommen, alle Lügen und Greuelnachrichten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gebracht. Aber da er ein allzeit willfähriger Diener dieser militärischen Regierungen geworden ist, war er nicht imstande, den Morlaut des Nordbefehls der Garde-Kavallerie-Schützen-Division seinen Lesern kenntnis zu geben. Auch unsere Berichte über den planmäßigen Mord an den Matrosen hat er unterdrückt. Aber vor allem hat der „Vorwärts“, genau wie die bürgerliche Presse, den Schwindel von dem Lichtenberger Beamtenmord zurückhältig ausgebreitet und ihn zur Entfaltung der ungeheuren Propagandakampagne benutzt, der dann Hunderte von völlig unschuldigen Menschen zum Opfer gefallen sind. Und jeden Tag beteiligt er sich an einer neuen Schandtat gegen die Arbeiter.

Der „Vorwärts“ hat durch dieses Verhalten endgültig das Vertrauen der Arbeiter eingebüßt, das ihm bereits entzogen wurde, als er den eigentlichen Besitzern während des Krieges mit Hilfe der militärischen Befehlshaber genandt wurde.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr Kampf führt in Europa gegen die Reaktion für die Durchführung der Sozialisierung und im Kampf für die Arbeiterräte nur auf die unabhängige sozialdemokratische Presse verlassen, das ist die „Freiheit“.

Unter den schwierigsten Verhältnissen anstehen, hat sich die „Freiheit“ noch das Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen erworben. Täglich steigt die Auflage und wächst das Vertrauen der Massen zu ihr.

Unterstützt von dem Volk und den Beschimpfungen ihrer Gegner, an deren Spitze die „Sozialisten“ Heine und Noske stehen, kämpft sie mit aller Entschlossenheit den schweren Kampf gegen die Militaristen, als deren Anwälte und Werkzeuge die rechtssozialistischen auftreten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Unterstützt die „Freiheit“ in diesem Kampf! Abonniert die „Freiheit“ und werbt für unermüdet neue Leser. Jeder Arbeiter und Arbeiterin wird ein Kämpfer für den Sozialismus, ein Mitarbeiter bei dem großen Werk der Befreiung der arbeitenden Massen und der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft.

hoffen, daß die bevorstehenden Verhandlungen zu einer Verständigung zwischen den Reichsbehörden und den beteiligten Arbeitern führen. (Beif. s. d. Soz.)

Hg. Hartmann-Versa (Dem.): Die Minderleistung in den Staatsbetrieben, die Minister Noske beklagt, ist in der Hauptsache auf Terrorismus zurückzuführen. Möge der Mann das für seine Sorge tragen, daß in den Staatsbetrieben die Kooperationsfreiheit tatsächlich gesichert und gewährleistet wird.

Reichswehrminister Noske: Dem letzten Wunsch des Dozenten werde ich selbstverständlich mit allen Mitteln Rechnung zu tragen versuchen. Der Hg. Krumm sagte, den Defiziteuren seien Entlassungsgänge gegeben worden. Das ist nicht richtig. Im November und Dezember hat sich allerdings in Berlin auf ein Kat der Defiziteure gebildet. (Heiterkeit.) Dieser Kat kam zu mir und verlangte seine formelle Anerkennung. Er gebe die Tage Kritik, bis dahin müßte die Korrektur des Manuskriptes sein.

denn die Defiziteure wären eine Macht. (Hört, hört!) Sie waren damals tatsächlich eine Macht und demontierten mit Gewehren in der Straßen Berlin. Bierlein Tage später waren sie wieder bei mir. Ich habe aber inzwischen 10 000 Soldaten aus Dölsom mitgebracht und erklärt ihnen, ich würde keine ihrer Forderungen bewilligen, denn jetzt ist es eine Macht.

Hg. Gause (U. Soz.): Auf die Anstimmungen des Reichswehrministers werden wir bei der Beratung des ordentlichen Stat eingehen.

Nachtrags- und Postplan werden darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Präsident Heinenbach: Dringende Arbeiten für das Haus liegen zunächst nicht mehr vor. Der Stat wird uns erst Mitte des übernächsten Woche zugehen können. Ich schlage deshalb Beratung auf Mittwoch der übernächsten Woche vor, bitte aber, dem Präsidenten es zu überlassen, bei der gespannten politischen Lage auch früher, vielleicht schon im Laufe der nächsten Woche, das Haus zusammenzutreten zu lassen.

Hg. Schulz (D. Nat.): bemerkt, daß die politische Lage noch unklar und vielleicht nach innen so kritisch geworden sei, daß es unbedenklich sei, daß die Nationalversammlung der Mittelnach des deutschen Verfassungswesens jetzt auseinandergehe. Das könne scheitern, als ob die Versammlung aus Bequemlichkeit nicht hier sitzen sollte.

Hg. Gause (U. Soz.): Bequemlichkeitsrücksichten sind für uns niemals maßgebend gewesen. Wir stimmen für den Vorschlag des Präsidenten, weil wir die Erwartung, daß der drohende Konflikt ausgeglichen werden soll, dadurch unterkrechten wollen. Wenn sich diese Erwartung nicht erfüllen sollte, muß der Präsident das Parlament aufs Neue wieder zusammenrufen.

Das Haus beschließt die Vertagung bis Mittwoch der übernächsten Woche (3. April) mit der Ermächtigung für den Präsidenten, es ebenfalls auch früher wieder einzuberufen.

Schluß nach 1 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

14. Sitzung, Sonnabend, den 29. März 1919, vormittags 11 Uhr.

Das Haus setzt die Besprechung der Anträge auf Gedung der Landwirtschaft zur Beförderung der Volksernährung fort.

Reichslandwirtschaftsminister Schmidt: Die vorliegenden sechs Anträge geben mir Gelegenheit, über einige grundsätzliche Fragen meiner Stellung dem Hause darzulegen. Was die innere Kolonisation betrifft, so hat gerade die Partei des Antrags Helfers Groten Kamis unter dem alten Regime sich große Linsen lassungsfähigkeiten zuwenden lassen. Die außerordentliche Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft ist uns sehr wohl bekannt, und zumal das Oben des Landes nach und in dieser Beziehung große Sorge. Einen Hwang auf die städtische Arbeiterbevölkerung auszuüben, diese wider ihren Willen zur Landarbeit heranzuzwingen, begegnet den größten Bedenken. Dagegen hat die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen unternommen, um den Kreis für die Arbeiterschaft auf das Land zu ziehen, zu heigern. Dazu gehört die freie Eltern lassungsfähigkeit, die Entschädigung für die Familie, und eine Reihe ähnlicher Vergünstigungen, ferner die Geldzahlung der ländlichen und der Industriearbeiter im Punkte der Sozialität, endlich die Umwälzung, auch die Lohnverhältnisse auf eine befriedigendere Grundlage zu stellen. Unter diesen neuen Verhältnissen haben sich die Beschaffung ländlicher Dünge mittel ist leider durch die Kohlenpreisschwankungen außerordentlich erschwert worden. Fallproduktion ist heute durch die ungewissen Kohlenpreise sehr eingeschränkt. Wenn gelockert wird, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein richtiges Verhältnis zu den Produktionskosten zu setzen, so kann ich hier kein Zugeständnis machen, wenn darunter eine große Erhöhung des gegenwärtigen Preises verstanden wird. Andererseits ist auch einzuweisen auf eine Herabsetzung der Preise absolut nicht zu denken. Den Abbau der Zwangswirtschaft können wir zur Zeit noch nicht ins Auge fassen. Es ist unvernünftig, eine Reihe von Produkten, die die Grundstoffe der Volksernährung bilden, weiter zwangsweise zu bewirtschaften so Brogetreide, Bohnen und Fleisch. Ich kann auch vorläufig noch nicht die Kartoffel und die Milch freigeben, namentlich bei der Milch würde der freie Wettbewerb einen ganz unläßlichen Zustand erzeugen. Beim Gemüse ist namentlich für die Konservativindustrie eine Zeit langamer Ueberleitung bis zur Freigabe erforderlich. Ob Wein und Obst freigegeben werden können, habe ich auch erwoogen, weil hier ebenfalls ein schmerzhafter Schleichhandel getrieben wird; aber die wichtigsten Bedenken, die namentlich aus Süddeutschland abgerufen worden sind, machen die sofortige Aufhebung unzulässig. Die Zwangswirtschaft für Eier habe ich aufgehoben, da der Kontrollapparat zu unzulänglich und kostspielig war, daß es zu dem Ergebnis in einem sehr schlechten Verhältnis stand. Ich bin daher einem Wunsche des ländlichen Besitzes nachzukommen. Einzelne Gemeinden haben es völlig abgelehnt, auch nur einen Tropfen Milch oder ein Pfund Butter abzuliefern; sie haben alles in den Schleichhandel gegeben. Einen solchen unhaltbaren Zustand werden wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen, sondern gegen ihn mit den entschiedensten Zwangsmaßnahmen einschreiten. Nicht ist verkehrter und gemeinschaftlicher, als diese lächerliche Ablehnung jeder der bäuerlichen Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit auferlegten Verpflichtungen. Ebenso bedauerlich und geringfügig ist es aber auch, wenn Güter trappweise aus dem Land hinausziehen, um dort zu verkaufen und zu plündern. Das ist nicht nur politisch, sondern auch volkswirtschaftlich ein großer Schaden, denn unter diesem Eindruck eines Schwerevertrages verliert der Landwirt schließlich auch jeden Eifer und jede Lust am Anbau. Die Landwirte müßen auch folgendes bedenken: Wir haben die Kartoffelproduktion für die städtische Bevölkerung auf 5 Pfund und die Fleischproduktion auf 200 Gramm herabsetzen müssen, die Fleischproduktion ist sehr bescheiden, und was wir den Städten sonst noch liefern, ist herzlich unbedeutend. Demgegenüber steht die ländliche Bevölkerung in der Versorgung weit besser da, wählendlich aus dieser mangelhaften Versorgung in den Städten die andauernde Kurve der Bevölkerungserklärung. Von der Zulassung des freien Handels kann namentlich beim Milch nicht die Rede sein. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch der Handel hat die Höchstpreise schamlos und unendlich in die Höhe getrieben. Das Statut wird vollständig festschreiben werden können. Leider liegt es in diesem Punkte mit der Kartoffelversorgung sehr schlecht aus. Es müßt nichts, heute Hoffnungen zu erwecken, die nachher nicht erfüllt werden können. Die städtische Bevölkerung wird schließlich auf Wochen hinaus ohne jede Kartoffel bleiben, und ein Erfolg wird höchstens durch die Einfuhr von Lebensmitteln zu beschaffen sein. Der Erfolg durch Dörren ist ohne Verwendung von Fleisch und Fett außerordentlich unbedeutend. Auch für die Kartoffel hat sich der freie Handel nicht bewährt; wir können sie aus der Zwangswirtschaft nicht herauslassen. Die eingeführten Lebensmittel sollen zu dauernden besondern Anwendungen für die Bevölkerung der großen Städte

1. Kreis.

Kreis-Generalkonferenz am Montag, den 31. März 1919, abends 6 1/2 Uhr...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsbüro Berlin...

Branchen-Versammlung aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben sowie Signalbauanstalten...

Große Versammlung der Metallarbeiter Berlins und Umgegend am Reichensberger Platz...

Branchen-Versammlung der Einrichter in den Maschinenfabriken...

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen...

Branchen-Versammlungen am Montag, den 31. März 1919: Zehnmacher, Tischler, etc.

Arbeitslose: Laut Beschluß der Octoberversammlung sollen in den Bezirksversammlungen...

Erwerbslose (Frauen): Am Dienstag, den 1. April, bleibt die Krankenabteilung geschlossen...

Freie Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands: Bureau: Alte Schönhauser Str. 24...

Besondere Mitlieder-Versammlung in Rosenfelder Hof...

Freie Jugend Treptow-Taumuschenerweg: Sonntag, den 4. April, abends 6 Uhr...

Arbeitslosen-Versammlung: Montag, 31. März 1919, Vermittlung 10 Uhr...

Freie Jugend Treptow-Taumuschenerweg: Sonntag, den 4. April, abends 6 Uhr...

Arbeitslosen-Versammlung: Montag, 31. März 1919, Vermittlung 10 Uhr...

Freie Jugend Treptow-Taumuschenerweg: Sonntag, den 4. April, abends 6 Uhr...

Arbeitslosen-Versammlung: Montag, 31. März 1919, Vermittlung 10 Uhr...

Freie Jugend Treptow-Taumuschenerweg: Sonntag, den 4. April, abends 6 Uhr...

Arbeitslosen-Versammlung: Montag, 31. März 1919, Vermittlung 10 Uhr...

3. Wahlkreis.

Mitglieder-Versammlung Freitag, den 31. März, abends 7 Uhr...

Sozialdemokr. Wahlverein für den 5. Kreis (H. Z.) Dienstag, den 2. April, abends 7 Uhr...

Verband der Maler, Lackierer, Auftrichter etc. Filiale Berlin...

General-Versammlung: Montag, den 31. März 1919, abends 7 Uhr...

Deutscher Holzarbeiter-Verband: Montag, den 31. März 1919, abends 7 Uhr...

Vertrauensmänner-Versammlung am Mittwoch, den 3. April 1919...

Zimmerer Bezirk 12: Unser Bezirk/Bezirk befindet sich jetzt...

Paizerholer Bierhale: Unser Parteilokale und Gewerkschaftslokal...

Martin Mecklenburg: Um gütigen Zuspruch bitten...

Felle gerbt: Hart, Pelze reinigt Gerberei Neukölln...

Moabit: Die Spedition der 'Freiheit' befindet sich...

Lübecker Str. 11: Achtung! Tempelhof! Vom 28. d. M. befindet sich...

Botenfrauen: In der Gemeinde Sothofen-Wildau...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe. 48 Seiten. Preis 35 Pf. Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse...

Zentralverband der Handlungsgehilfen Ortsgruppe Groß-Berlin. Büro: Berlin, Mühlstr. 20...

Mittwoch, 2. April, abends 7 1/2 Uhr. Bezirk Spandau: Café 'Sun Stern'...

Donnerstag, den 3. April, abends 7 1/2 Uhr. Bezirk Norden II: (Schlesischer Erbhof)...

Freitag, den 4. April, abends 7 1/2 Uhr. Bezirk Norden I: (Köpenicker Park)...

Mittwoch, den 9. April, abends 7 Uhr. Jugendsektion. Sektionsversammlung...

Montag, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr. Industrie-Sektion: H. U. O. Jochims...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschebeker Deutschlands...

